

Presseverlautbarung**Wenn Repräsentation die Offenbarung ersetzt**

(Übersetzt)

Die Amtseinführung von Zohran Mamdani am 1. Januar 2026 wird – wie viele vor ihr – als Meilenstein der „muslimischen Repräsentation“ innerhalb westlicher Demokratien gefeiert. Doch jenseits von Symbolik und Identitätspolitik stellt sich eine weitaus ernstere Frage, die das Fundament der politischen Lehre des Islams berührt: Ist es einem Muslim überhaupt erlaubt, ein legislatives Amt auszuüben?

Solche Momente politischer Sichtbarkeit werfen für Muslime unweigerlich grundlegende Fragen auf, die über bloße Repräsentation hinausgehen. Der Islam bewertet Handlungen nicht nach Popularität, Symbolkraft oder vermeintlichem Nutzen, sondern nach ihrer Übereinstimmung mit der göttlichen Rechtleitung. Als Muslime werden unsere Handlungen daran gemessen, inwieweit sie der Offenbarung entsprechen – nicht daran, ob sie gesellschaftlich akzeptiert oder politisch zweckmäßig sind. Im Zentrum dieser Bewertung steht die Frage, wem das Recht zur Gesetzgebung zusteht.

Demokratie ist kein neutraler oder wertfreier Mechanismus der Regierungsführung. Sie wurzelt im Säkularismus und im Prinzip, dass die Souveränität beim Menschen liegt, was sich in der Gesetzgebung ausdrückt, bei der Gesetze auf Grundlage von Mehrheitsmeinungen erlassen, geändert oder aufgehoben werden.

Der Islam hingegen stellt unmissverständlich klar, dass Souveränität und Gesetzgebung allein Allah (t) zustehen. Allah (t) sagt:

﴿إِن الْحُكْمُ إِلَّا لِلَّهِ﴾

Die Gesetzgebung steht allein Allah zu. (12:40)

Diese Aussage lässt keinerlei Unklarheit über die Quelle von Gesetz und Autorität im Islam. Nur Allah (t), der frei von Voreingenommenheit, Eigennutz und Irrtum ist, kann der wahre und gerechte Gesetzgeber sein. Der Mensch hingegen ist von Natur aus begrenzt und anfällig für Begierden, äußeren Druck, Widersprüchlichkeit und Ungerechtigkeit, wodurch sein Anspruch auf gesetzgeberische Autorität grundlegend mangelhaft ist.

Trotz dieses Prinzips haben muslimische Politiker wiederholt Eide geschworen, säkulare, von Menschen gemachte Verfassungen zu wahren, die der Gesetzgebung Allahs (t) widersprechen. Zohran Mamdanis Amtseid auf den Qur'ān macht diese Handlung weder symbolisch noch rein zeremoniell. Vielmehr stellt der Eid eine Erklärung politischer Loyalität dar. Es ist ein Eid, der den Islam auf den Bereich des persönlichen Glaubens und der individuellen Gottesverehrung beschränkt, während zugleich bestätigt wird, dass Regierung, Gesetzgebung und öffentliches Leben unter menschlich geschaffener legislativer Autorität verbleiben.

Allah (t) spricht in dieser Angelegenheit eine klare und schwerwiegende Warnung aus:

﴿وَمَنْ لَّمْ يَحْكَمْ بِمَا أَنْزَلَ اللَّهُ فَأُولَٰئِكَ هُمُ الْكَافِرُونَ﴾

Und diejenigen, die nicht nach dem richten, was Allah herabgesandt hat, das sind wahrlich die Ungläubigen. (5:44)

﴿فَأُولَٰئِكَ هُمُ الظَّالِمُونَ﴾

[...] das sind wahrlich die Ungerechten. (5:45)

﴿فَأُولَٰئِكَ هُمُ الْفَاسِقُونَ﴾

[...] das sind wahrlich die Frevler. (5:47)

Diese Verse verdeutlichen, dass das Richten nach anderem als dem, was Allah offenbart hat, weder eine nebensächliche noch eine zweitrangige Angelegenheit ist – noch eine, die durch gute Absichten, politische Notwendigkeit oder den Status als Minderheit entschuldigt werden könnte. Vielmehr handelt es sich um eine grundlegende Frage des Glaubens an Allah (t) und der Unterwerfung unter Ihn.

Befürworter politischer Beteiligung argumentieren häufig, dass eine Mitwirkung innerhalb säkular-demokratischer Systeme es Muslimen ermögliche, das „System von innen heraus zu verändern“. Jahrzehnte muslimischer politischer Teilhabe im Westen haben jedoch das Gegenteil bewiesen. Trotz zunehmender Repräsentation gehen die Massaker an unseren Brüdern und Schwestern in Gaza, im Sudan, in Syrien, in Ostturkestan, in Kaschmir und anderswo unvermindert weiter. Diese Realität legt die wahre Funktion demokratischer Inklusion offen – nicht Ermächtigung, sondern Eindämmung. Indem das System Muslime in seinen Apparat integriert, neutralisiert es Opposition, während seine ideologischen Grundlagen unangetastet bleiben.

Der Islam ruft nicht zu bloßer symbolischer Repräsentation oder zu Kompromissen auf, um sich in eine säkulare Regierungsform zu assimilieren. Vielmehr fordert er eine Führung, die in der Offenbarung verankert ist. Der Gesandte Allahs (s) suchte keinen Sitz in den Räten der Quraisch, noch versuchte er, das vorislamische Recht (*ğāhiliyya*) von innen heraus zu reformieren. Stattdessen arbeitete er (s) daran, Autorität auf der Grundlage des Islams selbst zu errichten.

Die Umma leidet nicht an einem Mangel an symbolischen muslimischen Amtsträgern. Vielmehr leidet sie unter dem Fehlen einer islamischen Autorität. Solange Muslime das trügerische Versprechen säkularer politischer Teilhabe nicht zurückweisen und sich nicht der Wiederherstellung der islamischen Regierungsordnung verpflichten, wird Repräsentation eine bloße Ablenkung bleiben und politische Loyalität grundlegend fehlgeleitet sein.

Medienbüro von Hizb-ut-Tahrir in Amerika